

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: www.prosv.at * www.prodemokratie.com

Krise, Krieg, Inflation, Preiswucher: Krisen- und Kriegsgewinnler schröpfen statt die Bevölkerung

Derzeit machen mit der Angst der Menschen vor Pandemien, Klimakatastrophen, um ihre Gesundheit und vor dem Krieg Energiekonzerne, Energie- und Rohstoffspekulanten, Banken, Versicherungen, Immobilienfirmen und andere Konzerne riesige Gewinne und Extra-profite.

Medien und Regierung schüren die Angst noch und predigen schon das Opfer-bringen, dass „wir alle“ ärmer werden. Doch während die Masse der Menschen schon jetzt mit ihrem Einkommen nicht mehr auskommt, werden die Reichen von Staat und Regierung geschont und erhalten zudem der Reihe nach auch noch Superdividenden ausbezahlt.

Fortsetzung Seite 11



INHALT

Krieg in der Ukraine:

Hintergründe und Auswirkungen.



Kriegsfolgen:



Friedenspolitik statt Kriegshysterie, Kriegshetze und noch mehr Eskalation!

Wir lehnen den Krieg Russlands gegen die Ukraine entschieden ab. Der Krieg ist sofort zu stoppen, er verursacht unsägliches Leid, Verletzte, Tote, Zerstörung. Beide Seiten müssen unverzüglich einen Waffenstillstand verhandeln! SCHLUSS MIT DEM KRIEG! Russland raus aus der Ukraine – NATO/EU nicht hinein in die Ukraine!

Der Krieg verursacht unsägliches Leid, Verletzte, Tote, Zerstörung. Kein Unrecht kann durch neues Unrecht ungeschehen gemacht werden. Leidtragend ist in jedem Fall die Bevölkerung und hier wieder vor allem die ärmsten Menschen der Gesellschaft.

„In Kriegen gibt es Gräueltaten, von denen wenige in die Öffentlichkeit gelangen ... Sie sind nicht in den Genen eines Volkes, sondern in den Genen des Krieges ... Nur die Beendigung von Kriegen kann auch die Massaker beenden“, sagt der Friedensforscher Heinz Gärtner. (Wiener Zeitung, 5. 4. 2022).

Doch das Gegenteil passiert. Während „der Westen“ Betroffenheit heuchelt, fordert der ukrainische Präsident Selenskyj noch mehr Waffen, NATO-Sicherheitsgarantien und die stärkere Beteiligung Deutschlands am Krieg. USA, NATO, EU gießen durch Waffenlieferungen Öl ins Feuer. Auch Österreich durch die Art und Weise der Debatte, Propaganda und „Diplomatie“.

Wie kam es dazu?

Russlands Kriegshandlungen sind eine Reaktion darauf, dass die USA mittels der ukrainischen Regierung u.a. seit 7 Jahren das Minsker Abkommen blockiert bzw. gebrochen hat, das sowohl Russland eine gewisse Sicherheit vor Angriffen des vom Westen finanzierten ukrainischen Militärs geben sollte und die unerträglichen Angriffe samt Abwurf von Bomben auf die russische Bevölkerung (ca. 10.000 Tote seit 2014) der selbstverwalteten Gebiete von Donezk und Lugansk durch das ukrainische Heer und private Söldnertruppen stoppen sollte.

Das Minsker Abkommen, am 7. Feb. 2015 vom UNO-Sicherheitsrat beschlossen, enthält u.a. klare Be-

stimmungen bezüglich der Ukraine und den Selbstverwaltungsgebieten Donezk und Lugansk wie z.B. „Abzug aller schweren Waffen durch beide Seiten um dieselbe Distanz, um eine mindestens 50 km breite Sicherheitszone für Artilleriesysteme mit Kaliber 100 mm oder mehr; eine 70 km breite Sicherheitszone für Mehrfachraketenwerfersysteme (MLRS) und eine 140 km breite Sicherheitszone für Mehrfachraketenwerfersysteme „Tornado-S“ (Uragan, Smertsch) und taktische Raketen-systeme (Tochka, Tochka U) zu schaffen...“ (Detailinfos dazu: Ukraine-Minsk-II-2015-UNO-Sicherheitsrat.pdf (atomgegner.at) Anlage 1, Punkt 2)

Die Aufrüstung der Ukraine durch USA und EU, allein ca. 20 Milliarden Dollar seit 2014, ist ein wichtiger Baustein der militärischen Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, die die USA seit 1990 u.a. in Europa vorwärtstreibt, um damit Russland noch enger einzukreisen. Die USA haben seit damals 10 Länder in Osteuropa (Polen, Tschechien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Slowakei, Polen, Lettland, Litauen, Estland) in die NATO aufgenommen und massiv aufrüstet. Weiters hat sie in mehreren Staaten Osteuropas Mittelstreckenraketen, die auch atombestückt und auf Russland ausgerichtet sind, stationiert. Drittens hält die USA mit diesen Staaten und ihren weiteren NATO-Verbündeten, wie Deutschland, Norwegen usw. bzw. auch NATO-Partner Schweden seit Jahren regelmäßig dauerhafte und temporäre Militärmanöver zu Land und zu Wasser ab. Zuletzt fand im Mai/Juni 2021 eines der größten NATO-Kriegs-Manöver von Nord-, über Ost-bis Südosteuropa mit 28.000 Soldaten aus USA sowie aus NATO- und (Nicht-NATO) Partnerländern wie Ukraine, Georgien statt. Alle Manöver hatten Russland zum Ziel.

Die US-Regierung erklärt schon seit Jahren in ihrer Militärdoktrin, dass Russland der Feind ist. **Die NATO, wurde gegründet, um „die Russen aus Europa raus, die Deutschen unten und die USA in Europa drinnen zu halten“**, sagte deren erster Generalsekretär, der Brite Lord Ismay, schon in den 1950er Jahren, (Pond, Elizabeth. The Rebirth of Europe, Washington D.C.: The Brookings Institution, 2002, Seite 23, „Die Welt“, 18.5.2001, Seite 8).

Militärkonvoi der NATO fährt durch Wien. Wo bleibt Österreichs Neutralität?

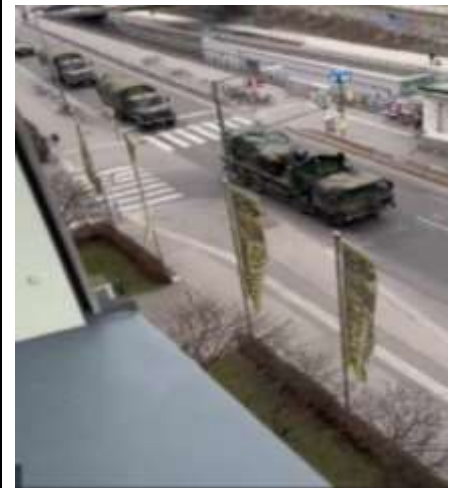


Bild: "Heute"-Leserreporter

Für 2022 war für März/April das NATO-Manöver „Cold Response 2022“ mit 40.000 Soldaten in Norwegen und ab Mai das Manöver „Defender Europe 2022“ mit 33.000 Soldaten in Polen und den baltischen Staaten geplant: Ziel war die schnelle Verlegung von US-Truppen über den Atlantik und ihr weiterer Vormarsch in Richtung russischer Grenze. Dazu General a.D. Ben Hodges vom Mai 2020: In dem Papier mit dem Titel „One Flank, One Threat, One Presence“ (Eine Flanke, eine Bedrohung, eine Präsenz) legt der ehemalige Befehlshaber der US-Armee in Europa Pläne dar, um in der

Ostsee und im Schwarzen Meer „die Initiative zu gewinnen“. Er erklärt, wie die NATO die strategische Vorherrschaft im Schwarzen Meer erlangen könnte, indem sie Russland eine „Seeverweigerung“ auferlegen und die „Kontrolle über das Meer“ beanspruchen würde. Diesem Plan folgt offenbar die Regierung des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, die vor kurzem ein Dekret (24.März 2021) zur militärischen „Rückgewinnung“ der Krim einschließlich des strategisch wichtigen Schwarzmeer-Marine-hafens in Sewastopol und, wie es im Dekret heißt, der von Russland besetzten Gebiete des Donbass veröffentlicht hat.

Kriege im Namen von Demokratie und Freiheit

Nach dem Einmarsch der russischen Armee in der Ukraine will uns US-Präsident Joe Biden die USA bzw. den Westen als Hort der Freiheit, Demokratie und Menschenrechte verkaufen. Welche ungeheuren Lügen werden uns da aufgetischt:

Biden sagt, „dass Amerika wieder die Welt führt“ und es nun um den Feldzug gegen Russland geht. Biden lud im Dezember 2021 sogar 110 Staatsführer zu einem virtuellen Demokratiegipfel ein.

Wohin führt uns J. Biden, der „Präsident der freien Welt“? In einen Krieg um noch mehr Profite, in einen Krieg um die Profite für das große Kapital, für eine Handvoll Milliardäre und ihre Vasallen. Die europäischen NATO-Partner und die gesamte EU-Führung ist ebenfalls auf diesen Zug aufgesprungen.

Was verstehen die USA unter „Demokratie“?

Die USA führen seit Jahrzehnten überall auf der Welt Krieg, sie haben u.a. in den Ländern Korea, Vietnam (z.B. 3 Millionen Tote, 4 Millionen Menschen verstümmelt oder durch Chemikalien vergiftet), Libanon, im persischen Golf usw. blutige Kriege geführt, viele Millionen Tote, Verletzte verursacht, Vergiftung ganzer Landstriche (inkl. der Menschen) mit chemischen Kampfstoffen hinterlassen – alles im Namen der Freiheit

und der Menschenrechte. Sie haben allein in den letzten 20 Jahren Kriege gegen Bosnien, Sudan, Afghanistan, Pakistan, Irak, Libyen, Syrien, Somalia geführt und nach vorsichtigen Schätzungen 5 Millionen Tote verursacht (siehe: J. Guilliard: 20 Jahre „Krieg gegen den Terror“. Eine furchtbare Bilanz). Vom Irak ist heute bekannt, dass es dort die Massenvernichtungswaffen, die den USA als Vorwand für den Krieg gegen den Irak dienten, gar nicht gab, sie waren eine Erfindung der US-Geheimdienste.



Russland (Militärbudget 60 Milliarden) ist den USA (Militärbudget ca. 700 Milliarden, mit den NATO-Staaten 1.000 Milliarden) völlig unterlegen, es hat jedoch Atomwaffen.



Von 1990 bis 1999 gab es einen von den USA und der EU provozierten Krieg gegen Jugoslawien, mit Bom-

bardierung, Abspaltung und dann der völkerrechtswidrigen Anerkennung des Kosovo (2008).

Die Konkurrenz der großen Blöcke führt zum Krieg

Die USA geraten einerseits wirtschaftlich gegenüber China schon bald ins Hintertreffen, andererseits steht die EU nicht nur in Kooperation mit den USA, sie ist auch unter der Führung Deutschlands längst nicht nur wirtschaftlich, sondern auch strategisch und militärisch der Konkurrent der USA.

Ukraine als Aufmarschgebiet der USA/NATO

Der Rechtsputsch in der Ukraine 2013, den die USA nach eigenen Angaben mit 5 Milliarden Dollar finanziert haben, dient dazu, die Ukraine, mit 1.900 km Landgrenze (plus 300 km Seegrenze) zu Russland, als weiteres militärisches Aufmarschgebiet für USA/NATO zu installieren, um dort russische Militärkräfte längerfristig zu binden. Ziel der USA ist es u.a. die europäischen NATO-Staaten in einen neuen Krieg gegen Russland zu hetzen. Ein drittes Mal in der Geschichte sollen die Völker Europas gegen Russland ziehen, kämpfen und sterben, nicht für unsere Freiheit oder Demokratie, sondern für die Freiheit der Profite. Das neutrale Österreich, geht es nach unseren Machthabern, soll da mitmachen! Die USA als einzige Supermacht stellen den Anspruch auf die Weltherrschaft. Die US-Militärdoktrin besagt, wer Eurasien, den größten Kontinent der Welt mit 75% der Weltbevölkerung beherrscht, beherrscht die Welt.



■ = Nato-Stützpunkte

Wer bedroht wen?

Russland ist nicht nur in Europa von USA/NATO bedroht bzw. eingekreist, sondern auch in Asien: Man nehme einen Atlas zur Hand und markiere die folgenden Länder: Japan, Südkorea, Pakistan, Usbekistan, Kasachstan, Turkmenistan, Kirgistan, Armenien, Georgien, Aserbaidschan, Türkei, Ukraine, Moldawien, und die 10 erwähnten europäischen Staaten (Polen, Tschechien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Slowakei, Polen, Lettland, Litauen, Estland). In all diesen Ländern befinden sich derzeit US-Militärbasen, Radarstationen, Raketenstellungen oder ähnliche militärische Einrichtungen. Fast alle diese Länder haben eine gemeinsame Grenze mit Russland. Wären die Mongolei und China auf dieser Liste, dann wäre die Einkreisung komplett.

Russland ist der wichtigste Staat in Eurasien, er hat auch die größten Erdgas- und Erdölvorräte der Welt. Wer also Russland beherrscht, beherrscht die Welt.

Z. Brzezinski, US-Außenpolitikberater vieler US-Präsidenten, verlangte schon 2007 den NATO-Beitritt der Ukraine um Russland zu schwächen. Die Herrschenden in den USA sind nicht an einer Befriedung dieses Konfliktes interessiert, im Gegenteil.

Putin ist nachweisbar der Aggressor, dem nun in einer einseitigen Kampagne zugeschrieben wird, er bedrohe ganz Europa, er sei der einzige Kriegstreiber.

So haben die USA nun mit Russland ein Bedrohungsszenarium, das für ihre seit langem betriebenen Aufrüstungspläne und die geplanten Kriege den idealen Vorwand liefert.

Die USA führen auch einen Wirtschaftskrieg vor allem gegen Deutschland, der stärksten Wirtschaftsmacht Europas und somit ihr größter Konkurrent. Die USA haben durchgesetzt, dass Nord Stream 2 nicht eröffnet wird und nun auch Nord Stream 1 längerfristig abgedreht werden soll (Erdgas für Europa).

In Abwandlung des Spruchs: „Die USA schützen Kiew bis zum letzten ukrainischen Soldaten“, könnte es heißen: „Die USA kämpfen gegen Russland bis zum letzten europäischen Soldaten“. Die Europäer, allen voran Deutschland, sollen wieder gegen Russland marschieren.

Deutschland ist nun das Aufmarschgebiet und die Logistik-Zentrale der USA/NATO-Manöver in Europa und hat gerade sein Militärbudget für dieses Jahr um 100 Milliarden Euro erhöht.

USA brauchen und wollen den Krieg

Die kapitalistische Konkurrenz führt zum Krieg. Der Krieg macht einen Teil der Reichen noch reicher, die Völker zahlen die Zeche mit Armut, Arbeitslosigkeit, immensm Leid, Kriegsteilnahme, das heißt mit Verletzten und Toten.

Hauptziel der USA ist China

Die USA sind wirtschaftlich gegenüber China schon bald im Hintertreffen, die EU ist eine starke Konkurrenz. Militärisch sind die USA allen Konkurrenten weit überlegen, sie steuern auf den großen Krieg gegen China zu, der riesiges Elend über die ganze Welt bringen würde. Gegen Russland sollen die großen europäischen NATO-Staaten marschieren, allen voran Deutschland.

Und das neutrale Österreich?

Die Bundesregierung und ein Teil der Wirtschaft wollen uns seit langem in die EU-Kriegsunion bzw. in die NATO einreihen. Wir sollen mitaufrüsten und letztlich wieder gegen Russland mitmarschieren.

Die Machthaber und ihre Medien trommeln nun auch bei uns seit Putins Krieg in der Ukraine, dass das „Ende des dreißigjährigen Friedens in Europa“ eingetreten ist. Wir sollen uns nun an noch mehr Krise, an Katastrophen und Krieg gewöhnen. Es heißt, wir müssen den Gürtel wieder enger schnallen. Wir sollen nun z.B. für Strom, Gas, Treibstoff, Weizen usw. viel mehr zahlen, während Spekulanten die Preise in die Höhe treiben und die Profite der Superreichen trotz Pandemie und Ukraine-Krieg mehr denn je steigen. Die Aktien der Rüstungskonzerne sind natürlich jetzt besonders attraktiv.

Und das neutrale Österreich soll aufrüsten! Fürs Bundesheer wurde gerade eine 67%ige Budget-Erhöhung für dieses Jahr beschlossen, von 2,7 Milliarden Euro auf 4,5 Milliarden Euro. Und die Eingliederung des Bundesheeres in die EU/NATO-Aufmarschpläne mit dem Ziel, wieder gegen Russland Krieg zu führen, soll intensiviert werden. Dazu wurde auch gleich ohne Diskussion ein Sonderbudget fürs Heer in Höhe von 10 Milliarden Euro beschlossen.

Das ist alles völlig unvereinbar mit Österreichs Neutralität! Geht es nach den Herrschenden soll Putins Krieg in der Ukraine als Vorwand dienen, dass die Völker für das westliche Großkapital, seine Multimilliardäre, gegen die Völker der östlichen Staatskapitalisten und Oligarchen in den Krieg ziehen – für noch mehr Profit fürs Kapital.

Die Bevölkerung Österreichs

Die Unterstützung, das Mitgefühl, die Solidarität, die Hilfeleistungen der Österreicher*innen für die leidgeprüfte ukrainische Bevölkerung sind groß. Leider wird das von den

Regierenden des Westens, auch von unserer Regierung, dazu missbraucht, um Ängste zu schüren, um Stimmung zu machen, dass auch wir heute von Russland bedroht werden. Damit sollen ohne Widerspruch die Kriegsvorbereitungen und eine Kriegsbeteiligung durchgesetzt sowie die Krisenfolgen auf dem Rücken der österreichischen Bevölkerung abgewälzt werden.

Dagegen steht: 90% der Österreicher*innen sind, auch nach der neuesten Umfrage, für die Beibehaltung der Neutralität! Das ist auch die kollektive Erfahrung aus zwei verheerenden Weltkriegen.

Österreich wird an seinen Grenzen von niemandem bedroht. Doch unsere Regierung will uns in Kriege hetzen an der Seite der USA/NATO bzw. an der Seite EU/Deutschlands. Das ist mit unserer Neutralität völlig unvereinbar! Deswegen redet Bundeskanzler Nehammer zwar noch von der Neutralität, betreibt aber gleichzeitig ihre Demontage! Vom EU-Gipfel in Versailles (10. bis 11. März 2022) berichtet er stolz, dass die NATO-Staaten der EU nun auch Österreich militärischen Beistand leisten werden.

Das ist, zusammen mit der Teilnahme unseres Heeres an den EU/NATO-Aufmarschübungen, eine gefährliche Drohung. Das macht uns direkt zu einem Angriffsziel und zieht uns in künftige Kriege hinein. Das bringt unser Land in wirkliche Gefahr. Das ist ein Bruch der Neutralität!

Nicht genug damit, spielt Österreichs Kanzler Nehammer den Laufburschen von Deutschland bei Selenskyj und Putin. „**Nicht Wladimir Putin, nein, die Deutschen haben uns auf Zuruf aus den USA den Gashahn abgedreht**“ (Nord Stream 2, Anm. d. Red.), schreibt Kurt Baier in der Wiener Zeitung (19. 4. 2022). So macht sich Österreich erneut zum Spielball von Großmachtinteressen. Das ist Neutralitätsverrat und brandgefährlich.

Demgegenüber ist die tatsächliche Ausübung der immerwährenden Neutralität Österreichs Sand im Getriebe der Kriegstreiber von USA, NATO, GB, EU, Frankreich und Deutschland.

- Unsere Neutralität ist die Voraussetzung für die größtmögliche Sicherheit gegen militärische Aggression
- Unsere Neutralität ist die Voraussetzung, dass wir nicht wieder in

Aufrüstung und Krieg hineingezogen werden

- Setzen wir uns für die vollständige Wiederherstellung, Beibehaltung und Ausbau der immerwährenden Neutralität ein!
- Das ist in unserem und unserer Kinder vitalem Interesse!
- Lassen wir uns nicht durch eine beispiellose Kriegspropaganda aufhetzen, zum Mitmarschieren missbrauchen. Lassen wir uns nicht für einen Krieg für die Reichen, der Superreichen, für geopolitischen Einfluss und Absatzmärkte missbrauchen.
- **NEIN zur Kriegshetze oder gar Kriegsbeteiligung – weder an der Seite von EU / USA / NATO, noch an der Seite von RUSSLAND, CHINA oder anderer Großmächte!**
- **Gegen die Kriegstreiber in Ost und West!**
- **NEIN zur Beteiligung Österreichs an der EU-Aufrüstung**
- **Raus aus EU-PESCO!**
- **Raus aus der NATO-„Partnerschaft für den Frieden“**
- **NEIN zu einem NATO-Beitritt Österreichs!**

JA zur immerwährenden Neutralität Österreichs!

AUFGELESEN

Hintergrund I

Ukraine: Demokratie und Werte

„Es herrschte nach wie vor weitgehende Straflosigkeit bei Folter“ *

Staatsverbrechen

Menschenrechtler beklagen immer wieder schwere Misshandlungen, Diskriminierung und extreme Einschüchterung von Bürgern in der Ukraine. Die Organisation Amnesty International (AI) berichtet in ihrem jüngsten Report vom 29. März 2022, dass der ukrainischen Generalstaatsanwaltschaft für 2021 insgesamt 79 neue Fälle mutmaßlichen Amtsmissbrauchs durch Ordnungskräfte vorgelegen haben. Es wurde aber lediglich gegen 51 Person-

en wegen einschlägiger Straftaten Anklage erhoben. In den meisten Fällen sei „Straflosigkeit weiterhin vorherrschend“. Zudem kritisierte AI die weitreichenden Befugnisse des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU bei der Festnahme und Vernehmung von Personen sowie der Anwendung tödlicher Gewalt, ebenso bei der Überwachung der Bevölkerung.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hatte bis März 2021 in 115 Fällen zugunsten der Kläger gegen die Ukraine entschieden und geurteilt, dass ihre Haftbedingungen den Tatbestand der Folter oder anderweitiger Misshandlungen erfüllten. Das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe vermeldete 2020 zahlreiche Verstöße gegen die Europäische Antifolterkonvention in ukrainischen Gefängnissen.

2018 hatte sich sogar die dem US-Militär nahestehende Denkfabrik Atlantic Council sehr besorgt darüber geäußert, dass die ukrainische Regierung militante Neonazigruppen wie C14 finanziell unterstütze, als bewaffnete Hilfspolizei einsetze und auch der SBU eng mit faschistischen Organisationen kooperiere.

Im Mai 2021 hatte das ukrainische Parlament Strafrechtsreformen beschlossen, die unter anderem eine umfassendere Definition von Verbrechen gegen die Menschheit und andere spezifische Kriegsverbrechen sowie die Aufhebung ihrer Verjährung vorsehen. Präsident Wolodimir Selenskyj hat diese Änderungen bis heute nicht unterzeichnet.

(Text: Junge Welt, 2./3. 4. 2022; *Zitat aus: AI-Report/Ukraine 2021).

AUFGELESEN

Hintergrund II

„Amerikas langer Arm in der Ukraine“

So titelte der „Kurier“ am 23. 4. 22 zum Thema Krieg in Europa. Abgesehen vom pensionierten Bundesheer-„Experten“ Feichtinger, der damit zitiert wird, dass sich die USA mit der NATO in Europa nicht wieder stark engagieren wollten, lüftet der Bericht doch wesentliche Wahrheiten. Wir zitieren auszugsweise. Unter der neuersten 800 Millionen Dollar schweren Waffenlieferung befinden sich u.a. 120 der neuartigen „Phönix Ghost“, eine mit Gefechtsköpfen ausgestattete Einwegdrohne. Weiters 72 Haubitzen und 144.000 Stück Artilleriemunition. Der Kurier schreibt: „Ob militärisch oder finanziell, kein Staat hat sich gewichtiger an die Seite der Ukraine gestellt als die USA: **Allein im ersten Kriegsmonat gingen fast 8 Milliarden Euro in Form von Waffenlieferungen und finanzieller Unterstützung an Kiew.**“ (Anm. d. Redaktion: in einem Monat 8 Mrd. €! Russlands Rüstungsausgaben für ein Jahr machen 60 Mrd. € aus, das USA+NATO-Rüstungsbudget 1.000 Mrd. € im Jahr!)

Der „Kurier“ weiter: „... kurbelt Washington mit Kräften dafür, auch mit geheimdienstlicher Unterstützung, Russlands Armee zu schwächen. **Nie zuvor sei es für die USA einfacher gewesen, den russischen Gegner zu schwächen und zu demütigen, ohne auch nur einem Fuß ins Kriegsgebiet setzen zu müssen ...**“

„Schon seit 30 Jahren haben die USA die Ukraine genau im Blick ... **1994 reihte sich die Ukraine in die NATO-Partnerschaft für den Frieden ein, einer militärischen Kooperation mit dem Militärbündnis.**“ (Anm. d. Redaktion: Achtung, wer es noch nicht weiß: Österreich ist ebenfalls seit 1994 Mitglied in dieser NATO-

Militärkooperation! Das ist Neutralitätsbruch seit 30 Jahren!)

Der „Kurier“ weiter: „**Wegen ihrer Lage zwischen Russland und den neuen NATO-Ländern in Osteuropa kam der Ukraine für die USA enorme geostrategische Bedeutung zu. Der wichtigste Gegner blieb für Washington auch nach Ende des Kalten Krieges weiter Russland. Da konnte es der USA nur von Nutzen sein, die Ukraine auf ihrer Seite zu wissen. Wirklich eng aber wurde der militärische Draht zwischen USA und der Ukraine 2014 ... Tausende Angehörige der US-Armee wurden geschickt, um Offiziere auszubilden, militärisches Gerät geliefert, ukrainische Soldaten in Manöver einbezogen. So involviert in der Region waren schließlich die US-Geheimdienste, dass sie die russische Invasion richtig kommen sahen**“, so der „Kurier“ zynisch-lapidar am Ende des Artikels.

Zusammenfassender KOMMENTAR der Redaktion:

Seit 30 Jahren ordnen sich die USA die Ukraine unter – auch militärisch – jetzt führt Russland Krieg gegen die Ukraine. Die USA führen einen Wirtschafts- und Handelskrieg gegen West-Europa, West-EU, vor allem gegen die stärkste EU-Wirtschaftsmacht, Deutschland, das überdies vom von den USA gestützten Ukraine-Präsident Selenskyj immer mehr zur Kriegsbeteiligung in der Ukraine gedrängt wird. Die osteuropäischen EU/NATO-Staaten werden von den USA als Bollwerk gegen Osten gesehen und aufgerüstet und sollen gleichzeitig EU/Deutschland in die „atlantische“ Zange der USA (im Bündnis mit Großbritannien) nehmen.

Das zeigt, wie gerade jetzt die strikte immerwährende Neutralität Österreichs wichtig ist und von Tag zu Tag wichtiger wird. Das heißt Verurteilung von Aufrüstung und Krieg, kein

Mitmachen bei EU- und/oder NATO-Kriegsvorbereitungen, keine Unterstützung für Kriegstreiber in Ost und West, kein Anlehnen an oder Mitmachen mit Deutschland, wie es Nehammers „Diplomatie“ nahelegt – das hatten wir in Österreichs Geschichte schon zwei Mal – Nein Danke, nie wieder!

Besonders niederträchtig ist, dass das alles – vom Bundespräsidenten abwärts – der Bevölkerung, die zu 90 % für die Neutralität ist, als „mit der Neutralität vereinbar“ verkauft werden soll.

Wenn Nehammer, als er seine ÖVP-Altvorderen wieder einen NATO-Beitritt Österreichs verlangen ließ, ein „Ende der Neutralitätsdebatte“ ausrief, hätte man das deuten können als: Reden wir nicht mehr darüber, wir sind und bleiben neutral, Schluss, Punkt. Doch wenn man die Debatte und vor allem die Taten seitdem anschaut, dann verstehen Nehammer und Co. unter „Ende der Neutralitätsdebatte“: Reden wir nicht mehr darüber, ignorieren wir einfach die 90 % und machen weiter mit dem Ausverkauf der Neutralität und am Hineinziehen Österreichs in EU- und/oder NATO-Kriegspläne, eben ohne öffentliche Debatte.

Daher auch die angekündigte Teilnahme Österreichs an der neutralitätswidrigen EU-Eingreiftruppe ab 2025 und sofort die dafür nötigen 10 Milliarden Zusatzbudget fürs Heer, egal wie stark die Teuerungswelle die Menschen trifft – da gibt's kein Geld.

Wenn das so weiter eskaliert, bedeutet das: Zahlen, kämpfen und bluten sollen die Menschen in Europa – auch in Österreich und gerade jetzt schon mit dem Leben in der Ukraine und Russland – wegen der USA-Globalinteressen. Da brauchen, wollen und dürfen wir nicht mitmachen! Das ist politischer Landesverrat, Neutralitäts- und Verfassungsbruch!

*

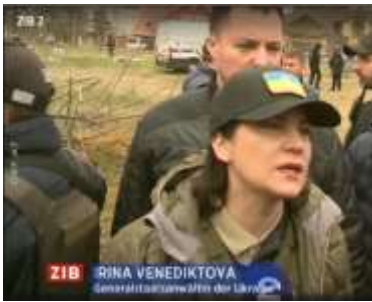
1. MAI 2022

ab 9.00 Uhr beim Burgtheater / Ring, Josef-Meinrad-Platz, 1010 Wien
Schluss mit dem Krieg! Gegen Aufrüstung, Krieg und Sozialabbau!
Für Sozialstaat, Demokratie und die immerwährende Neutralität Österreichs!

AUFGELESEN

Hintergrund III

Ukraine: Butscha



ORF - ZIB 2 / 8. April 2022

Ukrainische Generalstaatsanwältin zu Massengräbern in Butscha

ORF-Reporter Wehrschütz: „Zur Vorsicht warnt sie bei der Verwendung des Begriffes Massengräber“.

Originalton der Generalstaatsanwältin Irina Venediktova:

„Wir haben hier Gräber, die man auch als sanitäre Gräber bezeichnen kann. Als die Stadt besetzt war und man etwas tun musste, weil Leichen auf den Straßen lagen und das aus hygienischer Sicht gefährlich war, da haben vertriebene Einwohner derartige Gräber angelegt. Daher muss man bei der Verwendung des Wortes Massengrab vorsichtig sein.“

AUFGELESEN

Hintergrund IV

Ukrainischer Soldat baut auf die NATO



Schwedisches Fernsehen, SVT, Rapport, Mo, 11. April 2022

„Die Ukrainer sind gut vorbereitet. Sie wurden von der NATO gut ausgebildet“.

Ergänzende Anmerkung:

Tatsächlich begann die Ausbildung der ukrainischen Armee durch NATO bzw. USA natürlich nicht erst seit Kriegsausbruch vor 2 Monaten, sondern passiert schon seit über 10 Jahren. Allein die Kooperation der Ukraine mit der USA-Nationalgarde läuft seit 2010. Davon hört man in Österreich natürlich kaum etwas in den Massenmedien.

Im schwedischen Fernsehen soll natürlich die Aussage dieses zuversichtlich wirkenden Ukraine-Kriegers, der offensichtlich durch die Mithilfe der NATO auf den Sieg baut, die Botschaft verbreiten: Mit der NATO ist (M)an(n) geschützt. Wohl kein Zufall, strebt doch die dortige sozialdemokratische Minderheitsregierung gemeinsam mit der ebenfalls sozialdemokratisch geführten Regierung Finnlands einen schnellen NATO-Beitritt an. Offensichtlich wollen beide Regierungen das „Kriegsfenster“ nutzen, um die jahrzehntelang bewährte Bündnisfreiheit so schnell wie möglich aufzugeben und einem NATO-Beitritt gegen die bislang überwiegend negativ zur NATO eingestellte schwedische und finnische Bevölkerung jetzt schnell durchzu“kriegen“.

AUFGELESEN

Hintergrund V

Ukraine: Zur Vorgeschichte des Krieges



Der Dokumentarfilm Teil 1:

„Ukraine on Fire“ aus 2016 ist wieder hochaktuell. In dem Film wirft der amerikanische Regisseur und Oscar-Preisträger Oliver Stone einen kritischen Blick auf die Rolle der Vereinigten Staaten und der CIA in der Ukraine-Krise. Er sagt, „Die

Fingerabdrücke der CIA sind überall in diesem Konflikt zu sehen“.

Der erste Link zeigt den Film auf Englisch:

<https://rumble.com/vwxxi8-ukraine-on-fire.html>

Der zweite Link zeigt den Film auf Russisch und mit deutschen Untertiteln – den Ton kann man ausschalten:

<https://uncutnews.ch/oliver-stones-dokumentation-die-ukraine-brennt-die-wahre-geschichte>

Der Dokumentarfilm Teil 2:

„Revealing Ukraine“ von Oliver Stone ist die aktualisierte Fortsetzung von „Ukraine on Fire“ aus dem Jahr 2019. „Revealing Ukraine“ von Igor Lopatonok setzt nach „Ukraine on Fire“ die

Recherchen über die anhaltende Ukraine-Krise fort. Darüber hinaus analysiert er die aktuellen politischen Hintergründe und ihr gefährliches Potenzial für die Welt.

<https://rumble.com/vwzvlr-revealing-ukraine-2019-oliver-stone-director-igor-lopatonok-mirror.html>



Ergänzende Anmerkung: Die Zensur greift rapide um sich. Was gestern noch auf YouTube im Netz zu finden war, ist heute gelöscht. Eine lohnende Alternative zu YouTube ist Rumble, ein kanadisches Videoportal: <https://rumble.com>

AUFGELESEN

Hintergrund VI

Ukraine und der Westen

Kritik an der Politik des „Westens“ gegenüber Russland

Interview von „Mission Money“ mit Folker Hellmeyer: „Darum verändert dieser Krieg alles!“ (51 Minuten Dauer). Hellmeyer war jahrelang Chefanalyst und Chefvolkswirt bei der Bremer Landesbank. Hellmeyer, ein Analyst des Finanzkapitals, artikuliert und argumentiert seine grundlegende Kritik an der Politik des „Westens“ gegenüber Russland in den vergangenen 30 Jahren. Er sieht in dieser aggressiven Politik gegen Russland den aktuellen Krieg in der Ukraine begründet. Hellmeyer weist mit aufschlussreichen Argumenten auf die Möglichkeit und den Weg einer friedlichen Zusammenarbeit mit Russland und China hin. <https://www.youtube.com/watch?v=XkE2HW1vXQ8>

Ergänzende Bemerkung:

Als Finanzberater der Kapitalisten, der Reichen, und wahrlich kein Linker, betrachtet er den russischen Überfall auf die Ukraine differenziert. Er zeigt auf, dass es für seinesgleichen auch andere Möglichkeiten gibt als die bedingungslose Unterwerfung vor dem US-imperialistischen Kurs auf die Weltherrschaft. Er benennt den Abstieg der USA bzw. des Dollars und plädiert für einen friedlichen Handel zwischen den Staaten. Für Deutschland bzw. andere EU-Staaten bzw. deren Bevölkerung wäre ein Friedenskurs nur von Vorteil.

Was im Interview kaum erwähnt wird, ist die drohende Welt-Kriegsgefahr gerade auch durch die USA Weltmacht-Politik. Was nicht erwähnt wird, ist die Rolle jenes Teils der Superreichen (des Großkapitals), speziell in den USA, die (das) die Völker gezielt Richtung Krieg treibt und dass als Folge dieses Kurses letztlich die Masse der Völker, ob in der Ukraine, ob in Russland bzw. bei uns in den europäischen (EU/NATO) Staaten die Zeche zahlen wird bzw. schon zahlt – von den Krisenfolgen, Militarisierung bzw. Demokratieabbau bis hin zum Krieg.

Achtung: Z E N S U R

Mit dem Titel: Wienerberger-Chef: „Wenn Gas beschränkt wird, gehen wir in Kurzarbeit“ hat der ORF in der Sendung „Im Journal zu Gast“ am 2. April 2022 den Chef des Wienerberger Konzerns Heimo Scheuch interviewt.

Scheuch sagte unter anderem: Der weltgrößte Ziegelkonzern Wienerberger würde auf einen Engpass bei der Versorgung mit Gas die Produktion selektiv drosseln und Kurzarbeit einführen, „hoffentlich vorübergehend“ ... „Wir können schnell reagieren“... „Das habe das Unternehmen auch bei früheren Engpässen in der Gasversorgung gezeigt.

Manche Produkte müsse Wienerberger aber immer liefern, da sie systemrelevant seien“. **Wienerberger habe für jedes der 28 Länder, in denen der Konzern tätig ist, einen eigenen Notfallplan**, so Scheuch.

Der Republik Österreich würde er als erste Maßnahme nahelegen, die derzeit nur zu 13 Prozent gefüllten Gasspeicher „so schnell wie möglich“

auf 80 Prozent aufzufüllen. Mittel- und langfristig müsse es darum gehen, den Gasbezug zu diversifizieren.

Scheuch erinnerte an die nie gebaute Pipeline Nabucco für Gas aus dem Kaspischen Meer. Langfristige Maßnahmen würden zwar heuer nichts mehr ändern, aber „es gibt Jahre danach, darauf muss man sich vorbereiten“.

Grundsätzlich rief Scheuch zur Deeskalation und zur Bewahrung von Ruhe auf. Es bringe niemandem etwas, nun vom „Wirtschaftskrieg“ zu sprechen.

Auch eine „Ansagepolitik“, bei der ein Embargo mit einem Verzicht auf russisches Gas angekündigt wird, hält Scheuch nicht für sinnvoll: „Da würde ich vorsichtig sein“. Das führe zu Erwartungshaltungen auf beiden Seiten, die die Eskalation nach oben treiben. Man könne nicht auf einmal alles abdrehen, das würde die Produktion in verschiedenen Industriezweigen mit Hunderttausenden Beschäftigten zum Erliegen bringen. (Ende des Interviews).

Der Wienerberger Konzern hatte 2021 insgesamt einen Jahresumsatz von knapp vier Milliarden Euro.

*

Das unsere Meinung nach Interessanteste des Interviews ist jedoch eine Auslassung: Scheuch sagte relativ am Anfang des Interviews:

„Österreich ist mit der Neutralität bis heute gut gefahren“.

Dieser Satz wurde weder in der APA-Aussendung des Interviews noch in irgendeiner der verschiedenen Zeitungen, die das Interview abdruckten, wiedergegeben.

*90 % der Österreicher*innen sind seit den letzten Umfragen für die Beibehaltung der Neutralität. Und in den zentralen Medien wird das, offensichtlich auf Geheiß der herrschenden Politik, zensuriert. Denn unsere Neutralität ist den Aufrüstungsplänen der Regierenden im Weg.*

Schluss mit dem Krieg in der Ukraine!



Demonstration in Wien am 13. März 2022 gegen den Krieg und für die Neutralität.



Neutralität statt EU-Eingreiftruppe

Unsere Regierenden reden zwar von Neutralität und Frieden, bereiten aber die Bevölkerung täglich auf EU-Aufrüstung und NATO-Einbindung vor. Für Kanzler Nehammer ist Österreich die Neutralität aufgezwungen worden. Bundesheerministerin Tanner verkündet, dass Österreich an der neuen EU-Eingreiftruppe teilnehmen wird, die 2025 mit 5.000 Soldat*innen starten soll. Forsch sagt Tanner, dass dabei die Neutralität nicht im Wege stehe und verwies auf die Teilnahme an den EU-Battle-Groups. Damit rechtfertigt Tanner einen Neutralitätsbruch mit dem nächsten und nennt das „neutralitätskonform“ und „friedenssichernd“. Auch Bundespräsident Van der Bellen ist dafür. **Das ist Neutralitätsbruch.**

Man sagt uns, für die Werte Freiheit und Demokratie müssen alle Opfer bringen. Das wird getrommelt. Da gibt es nur mehr eine Sorte Meinung und Demokratie. Doch da geht es nicht um unsere Werte und Freiheit, sondern um die Freiheit der Konzerne, für die Wertsteigerung ihrer (Rüstungs-)Aktien, dafür, weiter Profite auf unsere Kosten machen zu können. Dafür sollen wir Opfer bringen.

Kein Krieg rechtfertigt einen Neutralitätsbruch!

Anlässlich des Kriegs in der Ukraine, wird von allen Medien Meinung gemacht, dass Österreich seine Neutralität überdenken muss. Sicher nicht! Gerade in heißen Kriegen sich auf eine Seite zu stellen heißt, Angriffsziel zu werden. Dadurch kommt Österreichs Bevölkerung in Gefahr!

Neutralität: das macht den Unterschied zwischen Krieg(s-teilnahme) oder Frieden, ob österreichische Soldat*innen mitmarschieren und sterben oder nicht!

Mehr Sozialstaat statt Milliarden für Aufrüstung und Krieg!

Das Kapital kennt keine Moral

An Krisen, Kriegen und ihren Folgen haben die Superreichen in West und Ost, die Multimilliardäre und Oligarchen schon immer ungeheuer viel verdient.

Bonds. Der Handel mit russischen Unternehmensanleihen ist aktuell auf dem höchsten Stand seit zwei Jahren.

„Wall Street visiert russische Bonds an“

Unter diesem Titel hat die „Presse“ am 2. 4. 2022 einen Artikel veröffentlicht. „Die Wall-Street hat beim Geldverdienen selten übertriebene Skrupel. Fast jedes Wert-papier findet zum richtigen Preis einen Käufer – egal, wie fragwürdig der Emittent, wie seltsam die Struktur oder wie unappetitlich die Umstände sind.“



Der Einmarsch Russlands in die Ukraine ist da keine Ausnahme ... noch bevor die ersten Raketen in Kiew einschlugen, waren Opportunisten bereits auf Schnäppchenjagd nach russischen Anleihen. Fast alle russischen Staatsunternehmensanleihen sind trotz Sanktionen von USA, Großbritannien und EU weiter handelbar. Die Nachfrage ist im Keller; die Renditen daher unter dem höchsten der Welt.“

Eine russische Unternehmensanleihe kostet jetzt ca. 50 Cent pro Dollar. Kauft man diese jetzt, so ist sie mit Fälligkeit im September 2023 das Doppelte wert!

„Zwei Manager von Hedgefonds, die unter der Bedingung von Anonymität mit „Bloomberg Businessweek“ sprachen, sagen, sie hätten auf Lukoil, Russlands zweitgrößten Ölproduzenten, gewettet. **Der Handel mit russischen Unternehmensanleihen ist auf dem höchsten Stand seit mindestens zwei Jahren geschnellt und erreichte bis Mitte März täglich mehr als 250 Millionen Dollar**“ (Fettdruck von der Redaktion).

Die Manager weiter: „Wir haben so etwas schon zimal gemacht“.

*

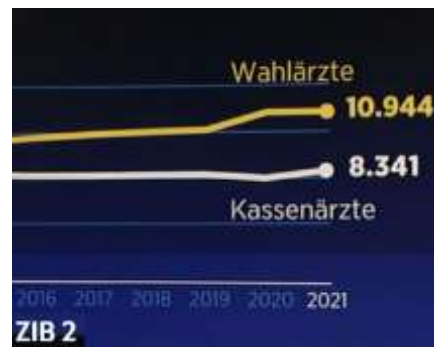
Susi Sorglos Paket?

So nennt Bernhard Wurz, Generaldirektor der ÖGK (Österreichische Gesundheitskasse), ein Maßnahmenpaket gegen den ständig steigenden Mangel an Kassenärzten. Doch Sorgen sind angebracht.

Gab es bis vor 10 Jahren gleich viel Kassen- wie Wahlärzte, so ist seitdem die Zahl der Wahlärzte ständig angestiegen, besonders stark seit 2018. In diesem Jahr wurden die Gebietskrankenkassen (GKK) in die ÖGK zentralisiert und die Führung von den Unternehmensvertretern (ÖVP) übernommen. Seitdem bestimmen die Unternehmer über die Krankenkassengelder, die von den Arbeitern und Angestellten eingezahlt werden. Heute stehen 11.000 Wahlärzten nur 8.300 Kassenärzte österreichweit gegenüber.

Immer schwieriger wird es für normale Krankenversicherte, einen Facharzt zu finden oder man muss monatelang auf einen Termin warten. Zahlt man jedoch privat einen „Wahlarzt“, so geht es meist schneller. Wer also Geld hat oder es sich vom Mund abspart und auf den

Ordinations- oder Operationstisch legt, wird bevorzugt. Das nennt man landläufig Zwei-Klassen-Medizin.



Wer das jüngste Interview des ÖGK-Generaldirektors in der ZIB 2 am 21. April 2022 gesehen hat, konnte feststellen, dass sich der von der ÖVP gestellte Chef der Krankenversicherung aller Arbeiter und Angestellten (ÖGK) mehr Sorgen um die Zukunft der hochbezahlten Wahlärzte macht als um die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung Österreichs mit Kassenärzten für alle.

Die Entwicklung und Debatte zeigt was es heißt, wenn Unternehmer die Krankenkassen der Arbeiter und Angestellten führen. Das Geld aller Versicherten wird so zu privaten „Wahl“-Ärzten umgeleitet, die nur eigene Patienten behandeln, während die Mittel für Kassenärzte für alle ausgedünnt werden – mit den bereits sichtbaren negativen Folgen.





Fortsetzung von Seite 1

Staat und Regierung schauen zu, wie die Konzerne die Preise erhöhen, was vor allem die breite Masse der Bevölkerung trifft, aber gleichzeitig Rekordgewinne an die 5% Aktionäre in Österreich ausschütten.

Beispielsweise plant die OMV eine Dividendenerhöhung um 24% auf 752 Millionen Euro.

Der Verbund erhöht die Dividende sogar um 40% und schüttet 364 Millionen Euro aus.

Der aus unser aller Arbeit entstandene Reichtum der Reichen wird nicht angetastet. Dafür aber sollen Arbeitslosengeld oder das Budget für Gesundheit weiter gekürzt werden.

Weiterhin gibt es praktisch kein Geld für Soziales wie Pflege oder Kindergärten. Und im Hinblick auf bevorstehenden Lohnverhandlungen hat die Regierung vor einer „Lohn-Preis-Spirale“ gewarnt.

Während also die Regierung, die Konzerne, die Reichen in Saus und Braus leben und in Korruption versinken, sollen wir weiter Reallohnverluste und noch mehr Einschränkungen des Lebens auf uns nehmen. Ein Hohn!

Die Regierung spricht von „Entlastung“ der Bevölkerung, doch diese macht nicht einmal die Hälfte der diesjährigen Belastung für die Haushalte aus. Besonders betroffen davon sind die 1,5 Millionen Menschen, die an oder unter der Armutsgrenze

leben. Sie, die auf jeden Cent angewiesen sind, erhalten vom sogenannten „Teuerungsausgleich“ im Verhältnis am wenigsten. Die Regierung ist treffsicher für die Reichen. Die arbeitenden Menschen zahlen die Superdividenden der Reichen, die die Regierung schützt.

Im März machte die Inflation fast 7% aus, die Nationalbank erwartet bis Ende des Jahres sogar 9%. Für die Ärmsten im Land, die ihr gesamtes Geld für Essen und Wohnen ausgeben müssen, beträgt laut WIFO die Preissteigerung sogar 14%. Seit 2010 sind die Mieten zehnmal so stark gestiegen wie die Reallöhne.

Während im Vorjahr die Reallöhne um 1% gesunken sind, stiegen die Preise für Wohnen, Energie und Lebensmittel ständig.

Berechtigt fordern ÖGB und AK einen echten Ausgleich und nachhaltige Hilfen – und kritisieren die Regierung, dass sie keine entsprechenden Vorschläge präsentiert. Gleichzeitig bewertet ÖGB-Präsident Katzian die Frühjahrs-KV-Abschlüsse von bis 4,2% positiv, weil ja als Basis die Inflation vom Vorjahr (3,5%) gilt. Die Unternehmer jammern bei jedem Zehntelprozent Inflation und schreien sofort nach Lohnmäßigung und Ersatz durch den Staat. Aber die Gewerkschaften üben vornehme Zurückhaltung? Ja, geht's noch?

Es wird jetzt auch nicht reichen bloß 6% mehr Lohn für die diesjährigen Herbst-Gehaltsrunde zu fordern. Es wird auch nicht reichen, bei Gesprächen mit der Regierung weiter auf die „Sozialpartner“ Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung als Verbündete zu hoffen. Denn die ÖVP-Grüne-Regierung zeigte und zeigt, dass sie den Unternehmern gibt und die Arbeiter und Angestellten mit einem Butterbrot abspeist – wenn wir uns nicht aktiv wehren.

Die Gewerkschaften müssen sich endlich aus der fast sklavenhaften Klammerung an die „Sozialpartnerschaft“ lösen. Sie haben für uns, nicht für die „Sozialpartner“ da zu sein! Es darf nicht sein, dass wie schon bei der Pandemie, so auch jetzt in der Folge von Krise und Krieg es wieder der Sozialstaat, also wir arbeitende Menschen mit den von uns erarbeiteten Steuergeldern für die Konzerne richten sollen! ■



AUVA

Rasterfahndung bei 6.000 Mitarbeiter*innen

Vor bald 2 Jahren plante die von der ÖVP geführte AUVA einen Umzug in ein Gebäude der Wiener Kaufmannschaft, dass der Wiener Wirtschaftskammer (WKW) gehört und zu deren Vorteil stattfinden hätte sollen. Denn der Umzug hätte die AUVA Millionen gekostet, hätte sie doch das Gebäude total sanieren und für AUVA-Anforderungen adaptieren müssen. Profiteur wäre die ÖVP-Wirtschaftskammer gewesen.

Als dieses Vorhaben an die Öffentlichkeit kam und somit dieser Deal auf Kosten der Unfallversorgung von Menschen ruchbar wurde, platzte dieses Vorhaben und der Umzug in das WKW-Gebäude musste abgesagt werden. Wer jetzt gedacht hätte, dass die ÖVP-AUVA-Spitze jetzt Ruhe geben würde, der täuschte sich. Die AUVA-Obersten fanden nicht das Vorhaben der Vorteilszuschanzerei abscheulich, sondern dass das geheime Protokoll an die Öffentlichkeit gelangte. Also was tun? Und so hielt die interne Revision Ausschau nach der undichten Stelle. Wie? Indem sie die E-Mails aller 6.000 Mitarbeiterinnen „überprüfte“, also praktisch Rasterfahndung betrieb. Der Zentralbetriebsrat, gestützt auf ein Gutachten von Datenschutzexperten, vermutet eine eklatante Datenschutzverletzung. Auch gab es auf Anfrage des Betriebsrates, ob im Zuge dieser Rasteraktion auch Patientendaten betroffen waren, keine Auskunft. Und der angebliche „Maulwurf“ wurde bislang auch nicht gefunden.

All das kostet die AUVA Zeit, Geld und Ansehen. Aber das scheint die ÖVP-Bosse in AUVA und Regierung und schon gar nicht die ÖVP-Unternehmervertretung Wirtschaftskammer zu interessieren. Im Gegenteil, sie haben schon unter Türkis-Blau zur Jagd auf die AUVA geblasen und die Unternehmerbeiträge in die AUVA gesenkt.

Neuer Raubzug gegen die AUVA in Vorbereitung?

Jetzt haben die Wirtschaftskammer-Unternehmerpläne von der Neos-„Opposition“ Schützenhilfe bekommen. Diese fordert, wie seinerzeit der FPÖ-Koalitionspartner der Türkisen, eine weitere Senkung der Unternehmerbeiträge in die AUVA von 1,2% auf 1%. Dabei bemühen die Nesos die Statistik, die einen Einbruch der Versichertenfälle besonders 2020 zeigen. Ganz fies, denn das war Corona, wo an die zwei Millionen Menschen arbeitslos oder in Kurzarbeit waren und daher auch die „Versicherungsfälle“ sanken.

Alle sind froh, wenn es weniger Arbeitsunfälle gibt. Die AUVA ist für 5 Millionen Menschen für Unfall- und Heilbehandlung sowie Rehabilitation und Prävention von großer Wichtigkeit. Was die Unternehmer und so auch die Neso, die ja eine „Strabag“-Filiale im Parlament sind, letztlich wollen ist: Völlige Entledigung ihrer Verantwortung bei der Vorbeugung von und bei Arbeitsunfällen und der Kosten dafür. Diese sollen den Krankenversicherungen der Arbeiter und Angestellten (ÖGK) umgehängt werden.



Diskussionsveranstaltung:
Mittwoch, 4. Mai 2022, 19.00 Uhr

**Nein zum Krieg.
Schluss mit dem Verrat der
Neutralität.**

Ort: Amerlinghaus,
Stiftgasse 8, 1070 Wien,
Galerie, 1. Stock

Kontakt: oesolkom@gmx.at

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

**Wir danken für die Zusendungen und Spenden
auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit
auch in Zukunft angewiesen sind.**

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, erledigen wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer Leser*innen und Aktivist*innen. Wer unsere Auffassungen teilt, die/den laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen, das ÖSK-Team

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein
oder per Überweisung

Empfänger*in: ÖSK / **Verwendung:** Spende

IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

Wir sind ein Forum von Kolleg*innen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das ÖSK erhält sich ausschließlich aus den Spenden seiner Leser- und Aktivist*innen. Mehr über uns auf: www.prosv.at

Impressum: Medieninhaber, Druck und Redaktion:
„Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8 1070
Wien. ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber
(Verleger) der periodischen Druckschrift „Solidarität unsere
Chance“ ist zu 100% das „Österreichische Solidaritätskomitee
– Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“,
Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W.Leisch, P.Düringer,
H.Schmitz. Die grundlegende Linie der periodischen
Druckschrift ist die des Vereins.

Datenschutzerklärung siehe: www.pprosv.at.at unter: Über
uns / Impressum & Datenschutz